und den Handel zum Gesetz erhob. Es veröffentlicht aber noch mehr. Es veröffentlicht die Reichsregierung fast in der Hand des Großkapitals ist. Der Reichsfinanzminister betont nämlich im zweiten Teil seiner Begründung zur Verfügung, daß er nach den vielen Erfahrungen in Einzelfällen die Zahlung der Zigarettensteuer bei denjenigen Zigarettenfabrikanten für gefährdet hält, die von jezt ab jenen Grundzügen wiederhandelt und erachtete seine Zolleibehören, bei den fortlaufenden Prüfungen der Zigarettenfabriken — die finden wohl alle vierzehn Tage statt — genau darauf zu achten, daß die Betriebe diese Grundzügen ordnungsmäßig einhalten! Ein Druckmittel hat er dadurch, daß die Zigarettenfabriken die ihnen ausgerechneten Bänderrollen durchschnittlich dreieinhalbmal so teuer gestempelt werden. Der Reichsfinanzminister bestimmt nun in seiner Verfügung, daß denjenigen Betrieben, die die oben angezeigten Grundzügen nicht genau einhalten, die Bänderrollen nur noch gegen Barzahlung oder gegen Leistung voller Scheinrollen ausgetauscht werden!

Das besagt also, daß das Reich jedem kleinen Fabrikanten und Händler die Existenz unter den Füßen wegzieht und ihn hinausdrückt in Arbeitslosigkeit, daß sich der Preissteigerungswert des Truskapitals nicht schnell genug anpassen kann. Das ist die moderne Demokratie (für die Sozialdemokratie und Gewerkschaften eintreten), wo Großkapital und Regierung dem Proletariat die Löhne durch Preissteigerung abbauen zu Gunsten einer zahlenmäßig kleinen, aber kapitalistisch starkten Clique und ungezügelter Kleinkapitalisten mit dem Verlust der Existenz bestrafen.

Der organisierte Vernichtungskampf ist in der Zigarettenindustrie viel ausgeprägter als in jeder anderen Industrie. Die Großindustrie macht Riesengewinne (so verteilt Maratti seit Jahren 20 Prozent Dividende), während die schwächere und rückständigere Kleinindustrie nicht an Rosen gebettet ist. Die gesamte Zigarettenindustrie arbeitet fast ausschließlich mit den gestempelten Bänderrollen. Es ist schon vorgekommen, daß Großbetriebe, von denen das Reich seine Millionenvermögen einziehen wollte, ganz einfach mit der Stilllegung des Betriebes drohten. An anderen Betrieben mußte sich das Reich mit 31 Prozent des Betriebskapitals (geschuldeten Bänderrollensteuern) beteiligen, weil es nicht zu seinem Gelde kam, so parasitäre Existenzen mit den Steuern der Arbeiterklasse durchfallen. Ausgenutzt hat das Reich rund 250 Millionen Mark Zigarettenrollen aussteuern. Diese Vierteljährliche ausstehenden Steuern sind die Waffe des Großkapitals, sich lästige Konkurrenz und Preisdrucker vom Hals zu halten. Die angezeigte Verordnung kann nur gegen kleinere Kapitalisten (die heutigen „Schleudrer“) angewendet werden. Sie besagt nämlich, daß die Vorschriften über die Barzahlung und Sicherheitsleistung für kreditierte Bänderrollen dort keine Anwendung finden, wo der Betrieb den zweitgrößten Nachweis dafür erbringt, daß bei ihm trotz Nichtzahlung der Grundzügen eine Zahlungsgeldschuld ausgestellt ist. Nachweis kann selbstverständlich von jedem der großen Trustbetriebe erbracht werden. Ihnen zur Liebe mußte das Reich den Wunsch der Trustherren zur Verordnung für die gesamte Zigarettenindustrie und den Handel machen. Die Zigarettenindustrie deckt nämlich einen nicht unbedeutenden Teil des Reichshaushalts. Im Jahre 1913 sind aus der gesamten Tabaksteuer in Deutschland 186 Millionen Mark erzielt worden. 1925/26 waren es dagegen 616 Millionen Mark. Für 1926/27 sind im Reichshaushalt 700 Millionen Mark eingesetzt worden. Die Zigarette trägt von diesem Steuerertrag etwa zwei Drittel, obwohl sie nur etwa 33 Millionen Kilogramm Tabak verbraucht, während die Zigarettenindustrie etwa 46 Millionen und die Rauchsachindustrie 43 Millionen Kilogramm verarbeitet.

Die kleinen Profitmacher sind für das Proletariat gefährlichere Gegner als die großen, obwohl erstere in diesem Falle ihn durch Preisdruck scheinbar billige Zigaretten schaffen. Nicht barzahlung gegen die Steuern verwendet, sondern um aufzuzeigen, wie die Gesetze macht, wie im Reichselben. Selten zeigt sich das so klar, daß eine Regierung nur die Kulisse für das Großkapital ist wie in diesem Falle.

Klassenjustiz und Proletariat

Der „Röten Jugend“ entnehmen wir folgenden Artikel: „Ein ganz besonders grausvolles und blutiges Kapitel in der Geschichte des Kapitalismus ist die politische Klassenjustiz. Sie ist der offene und brutale Ausdruck der Unterdrückung, gerichtet gegen das revolutionäre Proletariat, wo es gegen die Klassenherrschaft Sturm läuft. Die bestehenden Klassenjustiz in der heutigen Gesetzgebung nicht nur das „Recht“ der Ausbeutung der besitzlosen Arbeiterklasse, der Aneignung aller von den Arbeitern geschaffenen Werte selbst gegeben. Sie geben sich gleichfalls das „Recht“, alle die Menschen der ganzen Klassen, die an diesen „Rechten“ rütteln, weil ihnen als der überzogenen Mehrheit lediglich das „Recht“, sich ausbeuten zu lassen, bleibt, auf das schärfste zu verfolgen, blutig niederzuschlagen, in die Gefängnisse und Zuchthäuser zu werfen. Recht und Gewalt sind in der kapitalistischen Klassenjustiz wie in der Justiz der Bourgeoisie politischer Häftlinge der bewaffnete Soldat Wache hält, erwarten den revolutionären Arbeiter, wenn er daran geht, den kapitalistischen Besitz in die Hände zu nehmen und aufröhrt mit dem gesetzlichen Lohnhandel, die Machtmittel der kapitalistischen Schutzgarde. Die letzte Entscheidung über Sein oder Nichtsein einer der beiden heute gegeneinander kämpfenden Klassen liegt in der bewaffneten Macht.“

So ist denn auch die ganze Rechtsprechung in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft gerichtet auf rückwärtssteigende Unschildlichmachung und Vernichtung derjenigen proletarischen Revolutionäre, die ihr an ihren politischen Lebensnerven die Staatsgewalt, geben. In der harten, grausamen Abrechnung der ihr gefährlichen Klassenkämpfer nimmt die Bourgeoisie zynisch und kaltherzig Rache an den Toten der ihren Ausbeutung. Sie weiß, daß ihr im offenen Klassenkampf, im Bürgerkrieg, stets die Lehmannen und besten Streiter in die Hände fallen. Und dies Opfer scheidet sie über nicht. Was zur Zeit des blutigen Terrors mit seinen Ständgerichten von einer mörderischen, sadistischen Soldateska an wehrlosen Proletariats, selbst Frauen und Kindern bezogen wird, erinnert an das durch Mittelalter mit seinen unbeschreiblichen Folterqualen und Grausamkeiten. Die Leiden des Proletariats Europas in den letzten zwei Jahrzehnten, der Märtyrer der Revolution in Deutschland, Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Finnland, Litauen usw., die Unmenschen für die Befreiung der Menschheit gelitten haben, stellen alle Schrecknisse vergangener Jahrhunderte in den Schatten. Die Namen der Ermordeten, Luxemburg, Liebknecht, Juchaczewski, Essner erinnern an all die Opfer und Verurteilten, deren herrschende Besten nur Hühner sind. Die Mörder von der Klassenjustiz begnadigt, oder flüchtig und ungesucht, genießen die vollen Freiheiten der demokratischen Republik.

Kein Mittel hat der bürgerlichen Klassenjustiz zu infam, um sich ihrer gefährlichen Gegner zu entledigen. Selbst die freie demokratische Amerika schreckt vor einem Justizmord an revolutionären Arbeitern nicht zurück. Vor bereits sechs Jahren wurden dort die beiden italienischen Revolutionäre Sacco und Vanzetti zur Hinrichtung durch den elektrischen Stuhl verurteilt. Sechs Jahre hindurch hat man sie durch fortgesetzte Ausschlebung der Urteilsvollstreckung den fürchterlichsten seelischen Qualen ausgesetzt. Die mangelnde menschliche Schamlosigkeit hat jetzt noch nicht erlittene Hinrichtung soll jetzt vorverurteilt werden. Nach dem Urteil über die beiden Arbeiterverurteilten vor fast zwei Jahren. Sacco und Vanzetti

sollen hingerichtet werden, weil sie dem amerikanischen Kapitalismus mit ihrer revolutionären Arbeit zu Leibe gingen. Sie sollen unter größtmöglicher Qualen ihr Leben lassen, damit Ruhe und Ordnung im Dollarnland herrschen, wie Liebknecht, Luxemburg und die vielen tausend hingerichteten Proletarier die Ruhe und Ordnung des kapitalistischen Europa blutig quittieren.

Wir als Kommunistische Arbeiter-Jugend haben gemeinsam mit verschiedenen Arbeiterorganisationen am 17. Mai 1927 am Quedlinburger Markt in Berlin protestiert gegen das von der amerikanischen Bourgeoisie geplante Justizverbrechen an Sacco und Vanzetti. Wir erheben hier erneut unsere Stimme an das Proletariat der ganzen Welt; denn das Schicksal von Sacco und Vanzetti ist das Schicksal der Revolutionäre des internationalen Proletariats. Noch füllten Tausende die Zuchthäuser und Gefängnisse aller Länder der Erde. Proteste und Demonstrationen sind das wenigste, was unseren gepöbelten Brüdern hinter Kerkermauern helfen kann. Der Opfermut unserer tapferen Vorkämpfer, die ihr Bestes, ihr ganzes Leben, für die Sache des Proletariats in die Schanze schlagen, kann die proletarische Massenaktion, den Gesamtwillen der Arbeiterklasse zur revolutionären Tat nicht ersetzen. Die Proletarier, die sich heute noch damit begnügen, mit dem Stimmzettel an der Wahlurne ihre politische Notdurft zu verrichten, müssen begreifen, daß sie im Entscheidungskampfe um die endgültige Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, einem bis an die Zähne bewaffneten Feinde gegenüberstehen, dem sie ihre eigene, geschlossene Klassenorgane entgegenzusetzen haben.

Du junger Arbeiter der Sozialistischen Arbeiterjugend mußt erkennen, daß, wenn die Parlamente, die Verfassungen, die Gesetzgebungen heute 100prozentig sozialdemokratisch wären, die Kapitalistenklasse nicht freiwillig auf ihre Ausbeutungsprivilegien verzichten. Die bürgerliche Klasse mit ihrem Luxus, ihrem Überfluß will leben und koste es das Leben tausender Proletarier. Das besagt ihre blutige Vergangenheit, das zeigt sie auch gegenwärtig in allen Ländern der Erde. Und sie verteidigt ihre Existenz bis aufs Messer. Oder glaubt Du etwa, die kostspielige Militär- und Polizeiorganisation, die Bürgerkriegsarmee sei weiter nichts als ein nettes Spielzeug für die Bourgeoisie? Und Du Jungerbeiter des KJVD, und der Roten Jugendfront, ihr Jünger des „revolutionären Parlamentarismus“, denkt einmal darüber nach, was es bedeutet, wenn die Vertreter einer Partei, der „einzigsten, revolutionären Arbeiterpartei“, im Preussischen Landtag 12 Millionen Mark für den Unterhalt der Polizeiverwaltung beantragen, und schlägt völlig nicht bei dem Gedanken, daß z. B. die Granaten, mit denen die Hamburger Oktoberkämpfer von 1923 hingerichtet wurden, „sowjet“-russischer Herkunft waren. Dein revolutionäres Bewußtsein wird solcher deutscher Fülle einer offenen, kontrollverwaltenden Politik Deiner Partei bedarf es noch, um dir die Augen zu öffnen über den von Moskau diktierten, fortgesetzten Verrat an der Arbeiterklasse? Ihr könnt Euch die Kehle heiser rufen mit „Eurem Heran mit den politischen Gefangenen“, die Kerkermauern unserer gequälten Brüder sprengt ihr damit nicht. Kehrt Euch ab von der parlamentarischen Komödie, die Euch nur ablenkt vom gegangenen Weg des revolutionären Klassenkampfes, laßt Eure Klassenkämpfer im Untergrund der Gewerkschaftsbürokratie um wenige Bettleppiche höheren Lohnes lahmlegen, rüstet zum gewaltsamen Sturz des Kapitalismus, zur Erregung der wirtschaftlichen und politischen Macht, und unsere gefangenen Genossen werden wieder in Freiheit sein.

Nur so werden wir stöhnen die schändlichen Taten der blutdürstigen, bürgerlichen Klassenjustiz, rächen wir die tausendfachen Opfer der fluchbedingten kapitalistischen Ausbeutung.

Das Todesurteil für die kapitalistische Klasse ist von der Geschichte gesprochen, das Proletariat der ganzen Welt wird der Vollstreckung dieses Urteils sein.

So lebt in uns fort der unsterbliche, revolutionäre Geist Karl Liebknechts, des großen Märtyrers des deutschen Proletariats:

Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet — aber der Tag der Erlösung naht.

Unter der Herrschaft der imperialistischen Weltmacht und für die kapitalistischen Machthaber, die sich noch heute hinter ihnen verstecken. Himmelshoch schlagen die Wogen der Ereignisse — wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber heute steht unser Ziel, unser Kern, fest und unerschütterlich.

Und ob wir noch leben werden, wenn es erreicht wird — leben wird immer unser Programm: es wird die Welt der ersten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!

Unter der Herrschaft der imperialistischen Weltmacht Zusammenbruch werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Posaunen des jüngsten Gerichts, und die Leichen der imperialistischen Kämpfer werden aufgestapelt, die wir heute in die Welt der ersten Menschheit führen. Und die Leichen der imperialistischen Kämpfer werden aufgestapelt, die wir heute in die Welt der ersten Menschheit führen. Und die Leichen der imperialistischen Kämpfer werden aufgestapelt, die wir heute in die Welt der ersten Menschheit führen.

Aus der Bewegung

Die Mainzer Kullaki auf dem Kriegsspielplatz

Die KPD, Mainz sprengt ihre eigene Versammlung.

Am Freitag, den 17. Juni berief die KPD, Mainz eine öffentliche Versammlung ein unter dem Thema „Kriegsgefahr!“ Trotz längerem Umzug des RFB, mit Kapelle waren kaum über 500 Personen in der riesigen Stadthalle erschienen. In Vertretung des gemäßigten Referenten sprach ein Kanoniker aus Frankfurt. Man kennt ja ihre Reden über dieses Thema hinlänglich aus den Auftritten und Flugblättern der Todvornahme, Anfangend mit dem Gesandtenmord in Warschau und schließend mit der Aufforderung des Proletariat unter den Parolen: „Hände weg von China und Sowjetland!“ gegen die Kriegsgefahr zu mobilisieren. In der Diskussion sprach ein Genosse der AAU und KAPD, Kappin hatte er angefangen, so sagte man die Versammlung, die sich in der Oberstadt, eine überhäufte Tätigkeit entwickelten. Rotfrontsoldaten kamen und gingen von und zur Bühne. Bald darauf konzentrierten sich im Saale eine Anzahl Frontkämpfer, welche, wie man aus ihrem Verhalten schließen konnte, mit noch auf das letzte Kommando zu warten schienen, um gegen irgendwen in „Aktion“ zu treten. Gegen wen wohl? — Das war unschwer zu erraten, befinden sich doch die weißgardistischen Verschwörer sowohl als alle übrigen „Gefährten“ für das Fortbestehen Sowjetrußlands, sowie für den Fortgang der Revolution der Bourgeoisie in China gewiß nicht in Mainz und ganz bestimmt waren sie an jenem denkwürdigen Abend nicht in der Stadthalle anwesend.

Unterdessen ging Genosse M. mit den sehr dürftigen Ausführungen des Referenten zu Gericht und bewies an Hand authentischen Materials von Bucharin, Thalman und sonstigen Veröffentlichungen der „Inprekorr“ und „Röten Falme“ den Verrat der Komintern in China und bewies ferner, daß die kommunistische Partei als Sektierer der Komintern nur die leichte Kavallerie der russischen Außenpolitik seien. Als er zum weiteren Beweis dessen einige Zitate von Luxemburg und Liebknecht vorbringen will, wird er von dem Versammlungsvorstand unterbrochen, der trotz der Widersprüche der Versammlungsbürokratie das Wort entziehen wollte. Als unser Genosse M. gesteht auf dem Willen der Versammlung, nicht von der Rednertribüne abzuweichen, wurde dem beteiligten Frontkämpfer ein Wink gegeben und 12 der Tagelöhner, die sich um unsern Genossen und schloßen zu gewaltsam von der Bühne herunter. Die übrigen roten Stahlhämmer

Offiziellen

Achtung! Rheinland-Westfalen und Südwest!

Am Sonntag, den 18. Juli, findet in Düsseldorf eine Bezirksversammlung der A.G. Arb.-Union Rhld.-Westfalen und Südwest statt.

Provisorische Tagesordnung: 1. Organisatorisches (a. Tätigkeitsbericht des BAA, und Kassenbericht, b. Bericht der Ortsgruppen); 2. Wirtschaftliche und politische Lage und unsere Aufgabe im Bereich der A.G. Arb.-Union; 3. Vorschau auf die Reichspolitik, unmaßgebend, daß die schutzlos zerrissene Wünsche der Agrarier nicht ganz befriedigt sind.

Von symbolischer Bedeutung ist, daß der deutsche Kapitalismus seinen zollpolitischen Vorstoß nach außen unternehmen kann, ohne sein feierliches Bekenntnis zu den Beschlüssen der Gener. Weltwirtschaftskonferenz zu zerreissen. In ihrer amtlichen Erklärung über ihre neue Zollvorlage weist die Marx-Regierung ausdrücklich darauf hin, daß sie nach wie vor auf dem Boden der Grundsätze der Gener. Kapitalistenkonferenz steht, die eine Erhöhung von Zöllen keineswegs ausschließen. Das ist die klare und offene Bestätigung, daß sich die europäischen Kapitalistenvertreter in Gen. eben nur auf Kosten der proletarischen Klassen verständigt haben. Die Gener. „Völkerverständigung“ — die für die sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Führer das politische Evangelium darstellt — ist also das Zeichen, in welchem jetzt den deutschen Arbeitermassen wichtige Nahrungsmittel verneuert werden.

Der zollpolitische Hungerstreik der Bourgeoisie ist für die SPD- und Gewerkschaftsbürokraten eine willkommenes Gelegenheit, um sich den Proletariats als Kämpfer gegen die soziale Reaktion anzupreisen. Daß diese „Arbeiterführer“ aber nur auf parlamentarische Teufelmechanismen mit den Zentrumsbürgern ausgehen, versteht sich dabei von selbst. Die sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Führer verstehen unter Klassenkampf natürlich nur noch parlamentarische Komödien, sie verstehen die Proletariat auf die „Abrechnung“ bei den nächsten Reichstagswahlen. Das heißt, die Arbeiter sollen bis zum Dezember nächsten Jahres den Hungererleidern, willig ergeschallen und selbstverständlich der famosen demokratischen Republik treu ergeben sein bis in den Tod. Wer von den geduldeten Wahlfristen zu sein lernen „Tage der Abrechnung“ noch nicht verreckt ist, soll dann für die SPD, einen Stimm-

sperrten unterdes den Saal von der Bühne ab und hinderten somit die Versammlung, unseren Genossen in Schutz zu nehmen. Nach diesem Siege inoffizielle die Kapelle des RFB, die Internationales „Das war dem selbst den inoffiziellen Proleten zu viel. Sie kümmerten sich nicht mehr darum, daß der Referent sich noch um ein Schlußwort bemühte und verließen die Stadthalle.

Draußen forderte ein Genosse die Proleten, die sich um uns gesammelt hatten, auf, zur Besetzung der Reden des Genossen M., in unser, in der Nähe Herrens Lokal zu folgen. Dort angelangt, machte der Genosse M. noch einige Mitteilungen, welche den gegenrevolutionären Charakter der KPD, klarlegten und die Zuhörer nicht aus dem Staunen herauskamen. Jedoch hatte jeder die Gelegenheit, sich aus dem Material, welches der Genosse M. bei sich führte, sei es in Form von Originalberichten der „Roten Falme“, wie der stenographischen Berichte des Reichstages, nachdem nun jedem klar war, daß der „Sowjettransmissionen“ doch kein Schwindel ist (was ja von den KPD-Größen nicht mehr bestritten, sondern nur noch bemängelt und beschönigt wird) und Anträge zur Erhöhung der Gehälter der „notleidenden“ Polizeibeamten sowie der übrigen Beamten bis zum allerhöchsten Grade (also auch das des Staatspräsidenten) tatsächlich gestellt wurden, wurde es schließlich jedem klar, daß die KPD, nicht mehr den Anspruch darauf erheben kann, die Partei Liebknechts und Luxemburgs zu sein. Nachdem nun ein anderer Genosse die Versammlung in später Abendstunde geschlossen, wurde unser Genossen in den Versammlung zu bilden, um unsere Genossen vor den allen proletarischen Gepflogenheiten spottenden Rippeleien der roten Stahlhämmer zu schützen, wurde die Versammlung in später Abendstunde geschlossen.

Mögen die Tapferen vom RFB, sich ihres „Sieges“ freuen! Solche „Siege“ bringen sie um den letzten Rest ihres Ansehens, welches sie seither noch bei der Mainzer Arbeiter-schaft besaßen, und machen die Bahn frei für den Aufstieg der revolutionären Arbeiterbewegung.

Proletarisches Notizbuch

„Wir in Bayern.“ Schirmen von der Bayerischen Volkspartei erklärte im Reichstag in der Debatte zum „Schanksteuergesetz“. Es dürfte den Ländern nicht die Möglichkeit gegeben werden, etwa das soziale Bedingungspersonal ganz zu verbieten. Wir in Bayern, so erklärte der Redner, werden das nicht tun, wenn wir haben unsere rechtliche Bedingung wahr gemacht. Das Gemeindebestimmungsrecht lehnen wir ab. Wir in Bayern lassen uns unser gutes Bier nicht nehmen. Man sieht, im geschickten „Anknüpfen“ an die „Wünsche“ der Massen haben alle Parlamentarier Erfahrungen.

Landesverrat. Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte Teile der Machau-Denkenschen, was dem verantwortlichen Redakteur ein Verfahren wegen Landesverrat eintraf. So schützt die Demokratie sich vor den Demokraten.

Eine Baumwollspinnerei verschüttet. London, 20. Juni. (WTB.) Nach einer Meldung aus Bogotá in Kolumbien ist in der Nähe von Medellin eine an einem Bergabhang gelegene Baumwollspinnerei durch einen großen Erdrutsch verschüttet worden. Man befürchtet, daß 60 junge Arbeiterinnen dem Tod überliefert haben. Unter den Trümmern wurden bisher zwanzig Tote gefunden. — Ueber mehrere Arbeiter wurden unter den Erdrmassen begraben, aber einige wurden bereits lebend geborgen. Der Erdrutsch war durch Regenfälle verursacht worden. Die Spinnerei ist von den Erdrmassen völlig bedeckt. Die Arbeiter sind gewöhnlich höher versichert, als sie wert sind. Arbeiter kosten nichts.

Eine Hindenburgrede. Zu Hindenburgs achtzigstem Geburtstag soll eine große patriotische Brille angedacht werden. Die Neusebackene Hindenburgbriefmarken sollen mit dem doppelten Preis des aufgedruckten Wertes das Mittel abgeben, um einen Fischzug auf die Taschen der Proleten zu wagen „zugunsten des verarmten Mittelstandes und der Sozialisten“. — Ob der Wohlthätigkeit der herrschen Klasse, die die Opfer der Arbeit und des Krieges verhungern läßt, oder mit dem Gummi-knüppel zur Reason bringt, kommt einem immer auf neue das Kotzen an.

Die Rosenbergers. In Elbing hat der KPD-Mann Albrecht zugunsten des Sozialdemokraten Recht auf seine Delegation zum Holzarbeiter-Verbandstag verzichtet. Die „Falme des Kommunisten“ der wir diese Tatsache entnehmen, erklärt weiter, daß die KPD, ihr deshalb nicht zur Weichen setzt, weil sie befürchtet, daß er sonst zur SPD, übertritt.

Geschäftspolitik. Im Morgen-„Vorwärts“ vom 15. Juni dankt die Frau einer bekannnten sozialdemokratischen Größe, die H. E. E. Roske, die KPD für die Teilnahme an dessen Bestätigung. Dabei erzählt man, daß Herr Roske Mitglied folgender Organisationen war: SPD, Metallarbeiterverband, Gastarbeiterverband, Verein der Freidenker, Turnvereine Fichte-Lübbecke, Glücksrad, Sozialvereine „Büchse und Gedeckel“, Klub der Iddeler Brüder. — Als Sozialdemokrat konnte Herr Roske natürlich rechts und links als „Arbeitervertreter“ hatte er dazu genügend Zeit und Geld.

Offiziellen

Das Jubiläum des „Proletariats“ wird in Berlin an die Zehnjährigkeit am Samstag, den 2. Juni zusammen mit der KAZ, ausgeschrieben und am gleichen Tage ins Reich versandt.

Achtung! Erwerbslose Groß-Berlin! Achtung! Am Freitag, den 24. Juni, nachmittags 2 Uhr, findet in Schöneberg, Lindenpark, Hauptstraße 13. Thema: Massen-einstieg der Erwerbslosen. — Wo ist ein Ausweg. Jeder Genosse ist verpflichtet daran teilzunehmen. Erwerbslose-Oberstadt-Groß-Berlin.

Für Pressefond „Kaz“ und „Kampfruf“ 6 Mk. von Fritz, 4 Unterberk Berlin.

Verantwortlich und für den Inhalt verantwortlich Karl Siles, Neukölln. Druck: Drucker für Arbeiter-Literatur, Willy Jandson, Berlin O IV.

8. Jahrg. Nr 48

Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Juni 1927

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur Berlin SO. 36, Luisenpark Platz 13.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 626 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Luisenpark Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenhand durch die Post monatlich 1,50 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Höhere Zölle — größeres Elend — Tagesgespräch

Das deutsche Proletariat leidet an seinem Leidenswege nichts erspart, so geduldet es auch unter der Vormundschaft der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Führerbougeoisie das Joch der Ausbeutung trägt. Nach den hageldichten Schlägen der Schlichtungspeitsche, die schon seit Monaten auf die Rücken der betriebsständigen Arbeiter niedersausen, steht jetzt ein zollpolitischer Hungerstreik gegen die gesamte proletarische Klasse vor der Tür.

Am 31. Juli läuft die Geltungsdauer der jetzigen Zollgesetzgebung ab, und die Kaste der Junker rüstet zu einem Raubzug auf die Taschen der Arbeitermassen, zur Krönung der Kapitalistenoffensive. Die Regierungsparteien haben sich über die Frage der künftigen Zolltarife schon soweit verständigt, daß das Kabinett Marx dem Reichstag eine Erhöhung der Lebensmittelpreise vorschlägt. Er soll, pro Doppelzentner, erhöht werden: der Kartoffelzoll von 50 Pf. auf 1 Mk., der Zoll für Schweinefleisch von 21 auf 32 Mk. und der Zuckerzoll von 40 Mk. auf 15 Mk. Jeder Arbeiter kann sich leicht ausrechnen, daß durch diesen neuen Zolltarif die ohnehin erbärmliche proletarische Lebenshaltung fühlbar verteuert wird.

Die geplante Erhöhung landwirtschaftlicher Zölle ist nicht nur eine fällige innerpolitische Liebesgabe der Rechtsregierung des Reichsbankameraden Marx an die Großararier der Deutschenationalen Volkspartei, sie stellt auch eine sogenannte nationale Demonstration aus außenpolitischen Gründen dar. Mit anderen Worten: die jetzigen Zollhöhen dienen auch dem besonderen Zweck, die letzten deutschen nationalen Kritiker an der Politik des Außenministers Stresemann endlich zu beruhigen. Den Junkern vornehmlich, d. h. den schärfsten außenpolitischen Opponenten, soll praktisch gezeigt werden, daß Stresemanns Völkerverbundspolitik durchaus nicht die zollpolitische Handlungsfreiheit Deutschlands einschränkt hat. Im Gegenteil: durch den Eintritt in die Gener. Kapitalisten-internationale hat die deutsche Bourgeoisie erst soviel Bewegungsmöglichkeiten erhalten, daß sie auch auf dem Felde des Zolltarifwesens wieder selbständige Schritte unternehmen kann. Indem die Stresemann-Partei und das Zentrum heute ohne Bedenken ausgesprochene Konzessionen an die Sonderinteressen der deutschnationalen Großbauern machen, führen sie erneut den Beweis, daß die Verständigung mit den europäischen Westmächten die einzig mögliche Außenpolitik des kapitalistischen Deutschlands auch von engen nationalen Standpunkten aus ist. Diese Tatsache allein wird den schwarzverbröckelten Junkern ihren jetzigen verstärkten Einfluß auf die Reichspolitik, unmaßgebend, daß die schutzlos zerrissene Wünsche der Agrarier nicht ganz befriedigt sind.

Das Ergebnis von Genf — Die neuen Zölle — Die Geste Moskaus.

Die breiten Massen zerbrechen sich nicht den Kopf darüber, warum gerade heute die Zölle von dieser „Fräse“ stehen, die doch in Anbetracht des Raumes, der ihr eingeräumt wird, von ungeheurer Bedeutung sein müßte — und doch schon morgen zugunsten eines anderen Themas plötzlich verschwindet. Sie beobachten nicht, wie die Bilder des politischen Films abrollen, bei dem das düstere Belwerck den Kern völlig verschlingt. Wie ein Film den anderen ablöst, und das politische Kinematographentheater doch nur im Grunde genommen nichts anderes ist und nichts anderes sein soll, als die chinesische Mauer, hinter der sich die Schlichte und Winkelzüge der kapitalistischen Klasse und ihrer Trabanten verbergen.

Die Vertreter der deutschen Regierung sind von Genf zurück. Nun wird an dem „positiven“ Ergebnis herummogelt, aber letztlich wird man alles „erreichlich“ und nicht erreicht, so, ob die Locarno-Politik noch taugere usw. Da ist denn doch zu sagen, daß Stresemann nicht allein in Genf war, d. h. nicht nur für die Stresemann-Regierung. Ehe er lehrte, sprach er ausführlich mit Tschitscherin, und auch der Herr Graf Brockdorff-Rantzau seines Zeichens deutscher Gesandter in Moskau, haben die „gemeinsamen Interessen beider Länder“ lange und hergesehen. Die deutsche Regierung hätte sehr wohl die Frage der Rheinlandräumung aufrufen können, und die Hilfe Englands wäre ihr sicher gewesen, — wenn sie bezüglich der Ostpolitik hätte Konzessionen machen wollen. Aber die Freundschaft des „Arbeiterstaates“ ist der Hindenburg-Republik lieber, als wenn sie einige Tausend „landesfremde“ Vaterlandsverteidiger los wird, der „Arbeiterstaat“, das ist die Rücken-deckung für eine selbständige imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie. Und der „Erfolg“ der Gener. Tagung besteht für die deutsche Bourgeoisie darin, daß sie sich stark genug fühlt, diese Politik des Abwartens durchzusetzen, zu verteidigen und so die Zeit für sich arbeiten läßt. Sie fühlt sich sicherer an den Stelzen Moskaus, als an denen der englischen Demokratie. So blieb die Frage der Räumung der besetzten Gebiete ungeklärt, und Poincaré konnte auf seinem „verlorenen“ Schein bestehen und eine Rede halten über die friedenspolitische Politik der Hunnen. Es war dies der Brocken für das hungrige nationalsozialistische Kleinbrüder Frankreichs.

Freitag, den 1. Juli 1927, abends 7.30 Uhr

Öffentliche Versammlung.

Charlottenburg, Ahlerts Festäle, Berliner Straße 88.

Thema: Drohende Kriegsgefahr?

KAPD. AAU.

gegen die Kapitalistenklasse führen kann. Denn auch die KPD-Führer wissen um die harte Tatsache, daß der ADGB, eben nicht „um“, weil er als Glied der kapitalistischen Gesellschaft unfähig ist zum Machtkampf gegen die Bourgeoisie. Die KPD-Parlamentarier wollen eine „Einheitsfront gegen Hungerblockade“ lediglich zu dem Zweck, um für ihren angekündigten Obstruktionskram im Reichstage einen außerparlamentarischen Resonanzschrei in den Arbeitermassen zu haben. Wenn es den KPD-Führern mit revolutionären Massenaktionen wirklich ernst wäre, dann könnten sie nicht gleichzeitig Rußland als proletarisches Vorbild hinstellen. Denn Rußland hat die höchsten Schutzollmauern, wie kürzlich der „Vorwärts“ feststellen konnte, ohne von der „Roten Falme“ widersprochen zu werden. „Rußland kann auf seinen, im Außenhandelsmonopol verkörpernden Hochschutzzoll nicht verzichten, weil sein Wirtschaften auf kapitalistischen Grundätzen beruht. Im Lichte der russischen Schutzzölle gesehen, ist der Kampf der KPD, gegen die Zollträger wiederum die bekannte Politik der Doppelzüngigkeit.“

Die Arbeitermassen dürfen sich durch das Geschrei der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Führer nicht irreführen lassen. Der Kampf gegen die kapitalistische Hungeroffensive kann nicht um die Frage Schutzzoll oder Freihandel gehen. Denn die Zölle sind eine Waffe im Konkurrenzkampf der kapitalistischen Staaten auf dem Weltmarkt; eine Notwendigkeit, die die Konkurrenz selbst als Gesetz des Kapitalismus, die Schutzollpolitik verteuert die proletarische Lebenshaltung, aber auch der Freihandel hat im Kapitalismus, die gleichen verheerenden Wirkungen auf die materielle Lage der Arbeiterklasse. In dem einen wie dem anderen Fall muß das Proletariat die Unkosten für die Erhaltung und Sicherung der kapitalistischen Konkurrenzfähigkeit tragen, weil die Bourgeoisie aus der Produktion eine bestimmte Profitrate schöpfen muß. Nicht gegen Zoll und Freihandel, nicht für Zoll und Freihandel hat darum die Arbeiterschaft Stellung zu nehmen. Sie sind nur ein Mittel der Kapitalisten, aus dem Proletariat erhöhten Profit herauszufressen. Auch hier gilt es wie in allen Fragen die Axt an die Wurzel zu legen: Das Proletariat muß seine Ketten — von denen die neue Zollvorlage nur eine ist — zerreissen und sein Geschick in die eigene Hand nehmen. Der Sturz des Kapitalismus, die proletarische Diktatur allein ist die Lösung der Frage. Schon Hilferding schreibt im „Finanzkapital“, S. 472 treffend: „Die Antwort des Proletariats auf die Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals kann nicht der Freihandel, kann nur der Sozialismus sein. Nicht das reaktionär gewordene Ideal der Wiederherstellung der freien Konkurrenz, sondern völlige Aufhebung der Konkurrenz durch die Überwindung des Kapitalismus kann jetzt allein das Ziel proletarischer Politik sein. Dem bürgerlichen Dilemma: Schutzzoll oder Freihandel? antwortet das Proletariat mit der Antwort: weder Schutzzoll, noch Freihandel, sondern Sozialismus.“

Die „Rote Falme“, die wochenlang von „Sowjetruf“ und „Antisowjetruf“ faselte, mag sich ihrer eigenen Lächerlichkeit nicht bewußt sein, es ist nicht ausgeschlossen, daß der Schreiber dieser miserablen Zeitung erbliche Idioten sind. Aber die Tatsache steht doch nun einmal fest, daß Stresemann für die Interessen Rußlands mehr getan hat, als die Zehntausende von übergeschmuppelten Krebsen, die ihr Fleck in der „Roten Falme“ und dem dazugehörigen sonstigen Papier abladen. Denn Rußland hat eindeutig imperialistische Interessen zu vertreten. Wir haben schon früher berichtet, daß Stresemann und Tschitscherin über diese „Rote Falme“ Politik gesprochen haben und beide zu der Auffassung gelangten, daß man den Kindern ihren Willen lassen solle, sie könnten nicht im Ernst ein störendes Moment der deutsch-russischen Freundschaft sein. Das Geschwätz der Sozialdemokratie, daß das Ergebnis von Genf „mager“ sei, sei nur deshalb erwähnt, um zu zeigen, mit weich blöden Sichelchen sich diese „Opposition“ empfeilt. Der deutsche Imperialismus steht wieder auf eigenen Füßen. Die sozialdemokratische Musik von der „Völkerverständigung“ ist ihm ganz angemessen, um so unbedeutender kann er zu seinen imperialistischen Plänen arbeiten. Beizeln für alle kriegerischen Eventualitäten, umgeben in Trüben zu fischen, oder gar, wenn die Chance günstig ist, selbst stürzenzufliegen. Im Innern die Fortsetzung der Offensive gegen das Proletariat nach dem Motto von „Bunzlau“: Es ist besser, 50.000 verhungern, als daß sie mit Mitteln an-

offensive gilt es, entgegen zu stellen revolutionäre Massenaktionen, die zum Ziel haben die Eroberung der proletarischen und wirtschaftlichen Macht. Die KAP, und AAU, sind die einzigen Organisationen, die dem Proletariat den Weg zu dieser Generalauseinandersetzung mit der Bourgeoisie und die dazu erforderlichen Waffen anzuzeigen. Die Arbeitermassen müssen diese ihre revolutionäre Klassenmission erkennen und lösen — oder sie müssen den bitteren Kelch des kapitalistischen „Wiederaufbaues“ bis zur Neige leeren.

Das Zuchthaus als politische Waffe

Die demokratische Republik ist das Herrschaftsinstrument des Kapitalismus auf der Stufe seiner höchsten Entwicklung. Die Klassenschöpfung hat einen Grad erreicht, wo die herrschende Klasse ihre Lohnsklaven nur noch durch Zuckerknollen und Peitsche regieren kann. Auf der einen Seite ist das Mittel der demokratische Betrug die Wohlthat, die Bettelempfehle für die ausrationalisierten überflüssigen Arbeiter, die Wirtschaftsdemokratie, der Schlichtungsschwindel, die Arbeitge-meinschaft, der Wahlbetrug, auf der anderen Seite die barbarischen Strafen, welche die Klassenjustiz des Kapitalismus zur Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung verhängen muß.

Über den unmenschlichen Terror, den die demokratische Justiz im Interesse der Klassenherrschaft verhängen muß, gibt uns die ausgeprägteste Demokratie selbst Aufschluß. Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hat eine Denkschrift über die politische Justiz zusammengestellt, die sie dieser Tage dem Justizministerium überreicht hat. *)

Es wurden wegen Landesverrat, Hochverrat, Spionage und feindlichen Handlungen gegen befreundete Staaten verurteilt:

In den Jahren	Personen
1896—1905	126
1906—1914	232
1915—1918	607
1919—1921	164
1922—1924	1072

Das macht pro Jahr aus in den Jahren 1896—1905 12 Personen, 1906—1914 aber 257 Personen jährlich. Das ist die demokratische Justiz, die die Arbeiterklasse gegenüber dem „alten System“ so preisen: eine mehr als vierfache Steigerung der Verurteilungen wegen „Landesverrat“ und „Spionage“, denn nur solche sind für die Nachkriegszeit gezählt, während in der Vorkriegszeit auch Hochverrat und feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten mitgezählt sind.

Um den Ausbeutern zu demonstrieren, daß ihr Raub durch die demokratische Republik am sichersten geschützt ist und daß in ihr gegen die Verächter der kapitalistischen Gesetze die härteste Strafe verhängt wird, war auf der von dem sozialdemokratischen preussischen Innenminister und dem sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten veranstaltete Berliner Polizeiausstellung im Oktober 1926 eine graphische Darstellung zu sehen, welche die Zahl der Landesverrats- und Spionageprozesse veranschaulichte. Die Liga für Menschenrechte hat diese in ihrer Justizdenkschrift wiedergegeben. Danach wurden verurteilt wegen Landesverrat und Spionage:

Im Jahre	Zahl der Personen	Verhängte Freiheitsstrafen in Jahren
1907—14	jährlich 20	—
1919	36	79,2
1920	36	104,2
1921	92	244,2
1922	237	564,9
1923	197	513,7
1924	638	1278,4
1925	645	—

Auch hier sind wieder für die Vorkriegszeit Verurteilungen wegen Hochverrat und feindlichen Handlungen gegen befreundete Mächte mitgerechnet, für die Nachkriegszeit aber nur Landesverrat und Spionageprozesse. Zieht man diesen Umstand in Betracht, so weist die Statistik im Jahre 1924 wohl sicher die 10-fache Anzahl der Verurteilungen auf. Das „Recht“ der demokratischen Justiz wird aber erst im rechten Licht gerückt durch den Umstand, daß in der Vorkriegszeit wieder dieser Delikte fast ausschließlich nur Lumpen verurteilt wurden, die militärische Geheimnisse an eine fremde Macht verkauften.

*) „Das Zuchthaus als politische Waffe.“ Verlag Henschel u. Co., Berlin W. 8.

Aus der Bewegung

Siedlich

Am 21. Juni 1927 fand in Siedlich eine öffentliche Versammlung der Gruppe „Entschlossene Linke“ statt. Der Saal war, trotzdem die KPD gedröhnt hatte, die Versammlung zu sprengen, überfüllt.

Als Referent war der Gen. Schwarz erschienen. Er zeigte den anwesenden Proletariaten, daß der Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse nicht das Parlament und die Gewerkschaften sind, sondern daß die Arbeiterklasse selbst Hand anlegen muß und sich nicht von den Führern der korrupten Parlamentarierpartei und Gewerkschaften am Gängelband führen zu lassen, wie es bis jetzt ist. Er zeigte an Beispielen: Bergarbeiterstreik in England, Werftarbeiterstreik in Hamburg, die Streiks in Berlin usw. Strafen auswirken, daß die Arbeiter, statt was für sich rauszuholen, immer mehr von ihrer Position aufgeben müssen, weil die Gewerkschaften als Staats-erhaltende Organisationen eben diesen Staat schützen müssen.

Ferner ging der Referent auf den Konflikt zwischen England und Rußland ein und zeigte auch hier, daß das Geschrei der Elit-Kowache über Krieg mit England und Rußland nur Bluff ist; wenn es tatsächlich so käme, daß ein Konflikt mit Waffen ausgeht, werden müde werden die Profiteure, die die Arbeitermassen in Rußland auch noch am besten, daß sie Arbeiter sind und sich von ihren Unterdrückern betreiben, die wahre proletarische Revolution durchzuführen, die Diktatur des Proletariats aufrichten und nicht die Diktatur von oben, wie sie heute in Rußland besteht. „Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein.“

Was China anbetrifft, so führte der Referent den Anwesenden die dortige Lage der Proletariat vor Augen. Er zeigte klar und deutlich, wie die Arbeiter dort auch von den „linken“ Führern der Kuomintang verraten und niedergemetzelt werden und schloß mit der Aufforderung, sich frei zu machen von diesem Führergeschmeißel und selbst das Befreiungswerk in die Hand zu nehmen.

Als erster Diskussionsredner meldete sich der neue Bezirkssekretär für Pommern der KPD, Strödel, MdR. Er zog seine abgeleitete Platte von der einzig revolutionären KPD auf und verfiel in ein wüstes Geschwätz über die EL und KAPD. Er fragte, was die KAPD, seit 1914 (!) getan hat für die Arbeiterklasse und stellte sie als „konterrevolutionäre“ hin. (Wo gab es 1914 eine KAPD?)

Nachdem das Mitglied des Reichstages Strödel geendet hatte und der nächste Diskussionsredner das Wort erhalten hatte, setzte das Gerede des unvernünftigen „kommunistischen“ Genossen-Vertrags ein. Der zweite Diskussionsredner kam zwar nicht mehr zu Wort, er trat freiwillig ab, und der Gen. Schwarz konnte noch sein Schlußwort halten.

Im Schlußwort rechnete der Referent mit den Radabridern ganz gehörig ab, so daß sie wie wilde Stiere vor dem roten Tuch schämten.

Der Erfolg der Versammlung war, daß sich in Siedlich eine Gruppe der Entsch. Linken konstituierte.

Neute aber werden z. B. auch wegen „Landesverrat“ Arbeiter verurteilt, die sich gegen faschistische Überfälle zur Wehr setzen oder Journalisten, die z. B. schreiben „Reichswehrkommando“ der Reichswehr militärisch organisiert und ausgebildet sind. Die demokratische Justiz hat z. B. schon Pressemitteilungen über Wallenlager und Standort von Meuchelmördergruppen wegen „Landesverrat“ bestraft.

Den Unterschied zwischen dem „alten System“ und der demokratischen Republik zeigt genau die Gegenüberstellung der Verurteilungen wegen der genannten Delikte:

1907—1913 136 Verurteilte 426,2 Jahre Freiheitsstrafen
1919—1925 1428 Verurteilte 3420,4 Jahre Freiheitsstrafen

Rund 1/6 aller Strafen sind Zuchthausstrafen.

Der Name Zuchthausdemokratie ist also gerechtfertigt. Und dieses System preisen SPD, Gewerkschaften und KPD. Und Arbeiter als das geeignetste an, in dem sich die Arbeiterbewegung am besten entwickeln kann! Der fürchterliche Justizterror der demokratischen Republik beweist natürlich nicht, daß die Monarchie eine bessere Herrschaftsform war. Er beweist nur, daß der Kapitalismus in einer Sackgasse ist und daß er heute zur Niederhaltung der Ausbeuteten und Ausrationalisierten einen schärferen Terror ausüben muß als zu jener Zeit, als die Absatztartikel für ihn voraus gab die Lohnsklaven etwas besser zu ernähren.

Nicht anders als mit den genannten politischen Delikten wird es mit andern politischen Verurteilungen stehen, z. B. wegen Pressevergehen. Die Demokratie hat dafür das „alte System“ in viel stärkerem Maße politische Delikte als früher. Alle die Eigentumsvergehen sind als politische Delikte anzusehen, die begangen wurden von Opfern des Kapitalismus, die dieser die Bestrafung verschaffen will, sein Kampf um Dasein dies erfordert. Politisch sind auch alle Vergehen, die der Kapitalismus an seinen Erziehungsoptionen bestraft. Alle heute von der Demokratie verhängten Strafen entspringen der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Sie werden erst verschwinden, wenn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist.

Die Liga für Menschenrechte, die die Demokratie etwas ins Licht rückt, ist nun am wenigsten berufen, sich über die Justiz über den Justizterror aufzuheben. Sie selbst ist die Mithildige. Sie steht auf dem Boden der Ausbeuterordnung und verteidigt sie. Diese famose Liga tritt nur für Opfer ein, die „unschuldig“ sind, Unschuldig im Sinne dieser Klassenjustiz, deren Schande sie verleiht. Das ganze kapitalistische System ist Verbrechen an der überwiegenden Mehrheit der Menschheit.

Selbstverständlich reißt sich auch der Vorwärts (dessen Abendausgabe vom 21. Juni vier dieses Material entnehmen) über den Justizterror auf. Wenn auch nur flüchtig, die Stempelsteine setzen natürlich voraus, daß die Arbeiter schon vergessen haben, daß es die Sozialdemokratie war, welche 1918—19 die Arbeiter niederschlug und die reaktionäre Justiz wieder ins Amt setzte. Herr Sozialdemokrat Endbruch, der es ja wohl, der als erster wieder nach Kriegsende der Todesstrafe das Wort rodet und Herr Ebert war es, der Todesurteile unterschrieb. Gewerkschaftsbeamte waren es, die nach dem Kapp-Putsch in den Arbeiterordenen die Schändlichkeit ihrer Handlungswiese und sind dem Klassenkampf verloren.

Somit haben wir auch auf diesem Gebiet einen ideologischen Kampf zu führen. Wir wollen nicht den Arbeitern ihre kleinbürgerliche Ideologie stärken, welche ja schon so wie so nicht die Notwendigkeit der prol. Revolution begriffen haben.

Die proletarische Kultur muß der Ausdruck des ganzen Proletariats sein. Sie muß jeden einzelnen Proletarier befrachten. Als Vorbereitung ist die materielle Befreiung von der Lohnsklaverei und die materielle Freiheit die Basis für die geistige Freiheit. Die Revolution ist die Befreiung von Vererbung, also die Revolution der geistigen Freiheit. Der große Unterschied zwischen der proletarischen und bürgerlichen Kultur liegt lediglich in den Produktionsverhältnissen und in der Erlassung und Macht einer kleinen Kaste im Gegensatz zur großen Schicht des Proletariats.

Wasserspiele

Logiquen in Schiffbeck.

Die Schiffbecker Opposition, die der famosen „Reinop“ nahesteht, hatte sich am 15. Juni den Korschisten Logiquen als Referenten zeholt. Wie immer münzte auch hier der Korschismus das politische Schankelopard. Es kommt eben nicht zu rasen, die Korschisten in der Hand zu nehmen, sondern gibt darüber hinaus den internationalen Auswirkungen des Nep-Kurses proletarische Klassenpolitik entgegenzusetzen. Wenn Logiquen die Eroberung der KPD, als

Groß-Hamburg

Am Montag, den 4. Juli 1927, abends 8 Uhr, im Saale Wucherpfennig; Barmbekerstraße 33.

Öffentliche Versammlung

Tagessordnung: „Kriegsgefahr und Arbeiterklasse.“ Genossen macht Propaganda! Entsch. L., AAU, KAP.

Utopie bezeichnet, und alle Kräfte eingesetzt wissen will, um den antiproletarischen Charakter der Moskauer Sektionen zu entlarven, muß er auch den Weg des Klassenkampfes zeigen, der im wachsenden Maße das Gegenwärtige gegen den Stalinismus bilden soll. Der Kampf um die „Grundlagen des Marxismus“ ist keineswegs ein „Opportunistenprogramm“, sondern ein Taktik und Organisation. Wo zu diesen Fragen keine Stellung genommen wird, kann jeder ohne Falschheit sich hinter tönenden Redensarten verstecken.

Über den Weg des Klassenkampfes sprach Logiquen kein Wort, weil der Korschismus diesen Weg nicht weiß. Deshalb können seine drastischen Beweisführungen, die Maslow-Urbalmis-Gruppe sei ein verkappter Agent des Ekkti, auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle Oppositionsgruppen, die trotz radikaler Kritik organisatorisch nicht über den Leninismus hinausgelangen, der Desorganisation und Zermürbung des proletarischen Kampfwillens in die Hände arbeiten, und so mit verächtlichen Rollen die Melodie des Ekkti spielen.

Interessant ist auch die Bekanntheit der Versammlungsleitung, daß nur Mitglieder der Opposition Schiffbeck das Wort erhalten würden, weil Schiffbeck sich noch keiner politischen Gruppe angegeschlossen habe. Als aus der Versammlung der Antrag kam, entweder dem Vertreter der EL, oder der KAP, aus Debatte zu lassen, wurde dies mit knapper Mehrheit abgelehnt und die Versammlungsleitung gesteuert sich nicht, auch die Stimme eines Ekktianers — denn in Schiffbeck ist die Ortsgruppe ausgeschlossen — für den beabsichtigten Zweck zu gebrauchen, was sich leider erst am Schluß herausstellte. Nach kurzer Diskussion versicherte dann das tapfere Schneiderlein der Herrn Professors, daß man eine Auseinandersetzung mit der EL und KAP nicht zu fürchten brauche und schon die nächste Gelegenheit dann wahrnehmen werde. Solcher Man-

ist billig, wenn man unter dem Schutz politischer Indifferenz im Augenblick die Ansprache abgewirft und dazu hofft, daß beim nächsten Mal der liebe Gott schon weiter helfen wird.

Sport und Kultur

In der gegenwärtigen Arbeiterbewegung nimmt die Kultur- und Sportbewegung einen breiten Platz ein. Sie übertrifft die Arbeiterbewegung vor 20 bis 30 Jahren unermesslich gesehen, an Ausdehnung. Jeder Sportweg und jede andere persönliche Beschäftigung oder Betätigung des Arbeiters hat ihre „Notwendigkeit“ einer organisatorischen Bindung geschaffen. Diese Bindung sollte nicht nur zum Zweck der Konzentrierung geschaffen werden, sondern der bürgerlichen Bewegung einen Damm entgegenzusetzen und zugleich die Proletarier zum proletarischen Denken- und Klassenbewußtsein ziehen.

Dies waren die Aufgaben, die die Begründer und Inspiratoren als Ziel und Zweck von derartigen Organisationen gestellt hatten.

Die proletarische Kulturbewegung ist erst jüngerer Datums, was ja die logische Folgerung der kapitalistischen Niedergangsepoche oder Verfalls ist. Die proletarische Kulturbewegung hat sich zur Aufgabe gemacht, an Stelle der bürgerlichen Kultur eine proletarische zu setzen. Was ist der Unterschied zwischen der proletarischen und bürgerlichen Kultur?

Unter Kultur versteht man allgemein, die materielle und geistigen Bedürfnisse einer Klasse zu befriedigen. Dies ist aber im kapitalistischen Staat oder Profitwirtschaft nicht möglich. Die kapitalistische Klasse, welche die Besitzer der Produktionsmittel ist, hat die geistige und materielle Macht in den Händen und drückt im Interesse ihres Profites den Stempel der Verklärung und Verleumdung auf die Proletarier auf. So muß die bürgerliche Kultur der Ausdruck der bürgerlichen Klasse sein. Die Gradmessung der bürgerlichen Kultur wie „hohe und tiefe“ Kulturstufe, zeugt von der Richtigkeit des Gesagten.

Die proletarische Kultur muß der Ausdruck des ganzen Proletariats sein. Sie muß jeden einzelnen Proletarier befrachten. Als Vorbereitung ist die materielle Befreiung von der Lohnsklaverei und die materielle Freiheit die Basis für die geistige Freiheit. Die Revolution ist die Befreiung von Vererbung, also die Revolution der geistigen Freiheit. Der große Unterschied zwischen der proletarischen und bürgerlichen Kultur liegt lediglich in den Produktionsverhältnissen und in der Erlassung und Macht einer kleinen Kaste im Gegensatz zur großen Schicht des Proletariats.

Das Bestreben der proletarischen Kulturorganisationen, um diese proletarische Kultur dem Proletariat zu inspirieren, muß auf wirtschaftliche und politische Schranken stoßen. Es ist eine Unmöglichkeit, in der kapitalistischen geistigen Umwelt eine Kultur des Proletariats zu schaffen. Man würde somit den historischen Materialismus verneinen.

So wird jede Kulturfrage zur uralten Angelegenheit der Revolution. Sie muß immer auf gewaltsame Schranken stoßen.

Unsauber viel Kräfte vergeuden ihre Zeit und Energie mit einer Sache, bei der sie die tieferen Grundlagen der Materie nicht begriffen haben. Viele jugendliche Arbeiterbetriebe sind in Kulturorganisationen. Sie werden dort mit allerlei Dingen beschäftigt, bios nicht mit den Grundfragen der Revolution. Diese rücken an zweite Stelle. Der jugendliche Arbeiter, welcher in einem Wanderband oder Theaterverein tätig ist, muß sich so nach und nach zu Gunsten der Wander- und Theaterbewegung. Jeder jugendliche wird ein Produkt seiner Umgebung oder Verhältnisse. Sie dienen ganz der „kulturellen Bewegung“, weil sie ja glauben, dem „Proletariat“ zu helfen, aber wissen nichts von der Schändlichkeit ihrer Handlungswiese und sind dem Klassenkampf verloren.

Proletarisches Notizbuch

Im Reichstag hat Koenen dem Stresemann heftige Vorwürfe gemacht, weil Stresemann keine revolutionäre Politik im Interesse des Proletariats treibe. Stresemann hat darauf an Hand der russischen Presse nachgewiesen, daß Moskau mit seiner Politik zufrieden ist — eigentlich das sollte auch Herr Koenen zufrieden sein, denn ebenfalls die Verleumdung russischer Staatsintentionen, nicht proletarischer Klasseninteressen ist.

Vom Hauptgesandtschaften der Stadt Berlin wird darauf hingewiesen, daß die Diphtherieerkrankungen in Berlin an Zahl und Schwere zugenommen haben. In dem ersten Vierteljahr 1927 hat sich die Zahl der gemeldeten Erkrankungen gegenüber dem gleichem Zeitraum des Vorjahres nahezu verdoppelt. Außerdem sind die Erkrankungen wesentlich schwerer geworden. — Besser es gehen fünfzigtausend zugrunde, als daß 5000 gehindert werden, den kapitalistischen Profit zu erhöhen, sagt Boreg. Nach dieser Theorie arbeitet die kapitalistische „Führerschaft“.

Rationalisierung des Bergbaus in England. EP. London. 21. Juni. 2000 Bergarbeiter im Glamorgan-Distrikt in Wales wurden mit 14tägiger Kündigung entlassen. Die betreffenden Kohlengruben gehören Baldwin's Limited. Auf der Bedwas-Mine, die zu den Gruben des Lord Jones gehört, wurde 500 Arbeiter gekündigt.

In Berlin fanden BeamtenDemonstrationen statt, die programmatisch verlaufen sind.

Die Stadt Berlin hat eine Hundertmillionen-Anleihe aufgenommen. Sie soll von den Londoner Großbanken Henry Schröder u. Co., Rothschild Söhne und Barling Brothers in Höhe von 5 Millionen Pfund gleich 100 Millionen Mark auf 30 Jahre ausgeben werden. Der Zinssatz beträgt nominell 6 Prozent jährlich. Die Anleihebehalten sollen vor allem für die Finanzierung der weiteren Schnellbahnen und die Erweiterung des städtischen Geländes verwendet werden.

Das englische Anstiftungsgesetz angenommen. WTB. London. 23. Juni. Im Unterhaus wurde die Vorlage über die Änderung des Anstiftungsgesetzes in dritter Lesung mit 354 gegen 139 Stimmen angenommen.

AAU, Groß-Hamburg. Jeden Montag 8 bis 10 Uhr Zeitungs- und Materialausgabe sowie die Kassenabrechnung im Lokal Wagner, St. Georg, Grütz-mehrzang 22. Am 4. Juli fällt die Sitzung aus wegen der öffentlichen Versammlung.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Berlin. Am Donnerstag, den 30. Juni, 7.20 Uhr, findet im Laden eine Funktionärs-Versammlung statt. Wichtige Tagessordnung. Erscheinen unbedingt erforderlich. Der BAA.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl S. I. a. Neukölln. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
Juni 1927
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 628 42.
Bezahlnd. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lantitzer Platz 13.
Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifen durch die Post monatlich 1,50 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Neue deutsche Politik

Die Resultate der Völkerbundstagen werden für das deutsche Kapital immer magere. Der Siegessung und der Einzug in den Völkerbund haben aus dem gezwungenen Außen-seiter ein brauchbares Mitglied der kapitalistischen Welt gemacht. Die Konzessionen, die ihm bei seiner Aufnahme und für seine Aufnahme gemacht waren, beschränkten sich auf den Abbau der bisher künstlich am aufgeführten Mauern. Sie waren auch notwendig, um dem deutschen Kapital den Eintritt in ein besonders gutes Geschäft zu suggerieren und den durch einen völligen Zerfall der deutschen Wirtschaft der Weltwirtschaft drohenden Schaden nach Möglichkeit herabzusetzen. Das deutsche Kapital als zur Verzweiflung getriebener Außen-seiter war gefährlicher, als wenn ihm durch den Anschluß an die Weltwirtschaft Möglichkeiten zur Bezahlung seiner ihm anfordernden Tribute geboten wurden. Selbstverständlich war auch damit die Zusage und die Hoffnung verknüpft, daß durch diese Einmischung in die Weltmacht allmählich und sozusagen mit jeder neuen Tagung ein weiteres Stück der internationalen Kontrolle verschwinden würde. Bisher konnte auch ein solcher „Fortschritt“ erzielt werden; aber die Resultate wurden immer magere. Er trat fast eine völlige Stagnation ein. Dafür wurde aber das deutsche Kapital immer mehr für und in die Politik des Völkerbundes eingepaßt. Es hatte zwischen den beiden des Völkerbundes oder besser die imperialistische Politik beherrschenden Staaten England und Frankreich zu jonglieren. Seine hauptsächlichste Tätigkeit bestand darin, aus dem Gegensatz zwischen diesen beiden Staaten für sich und seine Lösung aus den Fesseln des Versailler Vertrages den größtmöglichen Vorteil zu ziehen. Es stand dabei immer auf Seiten des englischen Kapitals, das sich in Deutschland eine Stütze gegen die kontinentalen Hegemoniebestrebungen des französischen Kapitals schaffen wollte.

Diese Aufstiegsmöglichkeit ist zu Ende. Beide Staaten haben erkannt, daß die durch ihre Uneinigkeit geförderte und sozusagen auf ihr beruhende Entwicklung des deutschen Kapitals ihren eigenen Plänen gefährlich zu werden drohte. Die fortschreitende Emanzipation töste die Kontrolle allmählich auf. Aus diesen Gründen kam es wieder zu einer stärkeren Annäherung dieser beiden Mächte. Briand und Chamberlain handelten auf der letzten Genfer Konferenz zuerst allein und dann hinzun, daß das deutsche Kapital ist dadurch zu einem Anhängel der Völkerbundspolitik des englischen und französischen Kapitals geworden. Es hatte sich dem Machtpruch der „Sieger“ zu fügen, die jetzt auch wieder die militärische Kontrolle aufgenommen haben. Das deutsche Kapital mußte die Beichtigung der geschleierten Ostfestungen anstehen. Von der Räumung der Rheinlanden war überhaupt keine Rede. So gar die schon längst zugestandene weitere Zurückziehung der französischen Truppen aus den besetzten Gebieten wurde „grundlos“ verweigert. Dafür erhielt es einen Sitz in der Kolonialmandats-Kommission. Nach dem Ausspruch Stresemanns hat es dadurch die Möglichkeit, seine kolonialen Erfahrungen in bezug auf die Bekämpfung von Eingeborenenstamm zur Verfügung zu stellen. In Wirklichkeit hofft es, auf diesem Wege Kolonien erwerben zu können. Diese Politik der kleinen Aufmerksamkeiten soll dazu dienen, beim deutschen Kapital das Interesse an der Beteiligung am Völkerbund wach zu halten. Es darf überall mitreden, aber die andern entscheiden.

Diese Beteiligung an der großen Politik genügt dem deutschen Kapital nicht. Es kommt damit in den ihm am meisten hindernden Fragen der Daweszahlungen und der Rheinlandbesetzung nicht weiter. Falls diese Beschränkungen seiner „freien“ Entwicklung, so ist auch die Bahn für eine neue imperialistische Politik offen. Die Belastung bedeutet eine starke Hemmung in der Kapitalakkumulation. Sie hält die starke Abhängigkeit vom Auslandskapital aufrecht. Gleichzeitig wird dadurch auch die Anfristung gehemmt. Alle anderen kapitalistischen Staaten vergrößern mit jedem Tage ihren militärischen Apparat, um für den jeden Tag erwarteten Kampf um die Neuenteilung der Welt gerüstet zu sein. Irgendein Politiker hat dies in die schönen Worte gekleidet: „In der Abrüstungsfrage sind wir Gläubiger und nicht Schuldner.“ Durch den Völkerbund wird so das deutsche Kapital systematisch niedergebunden. Es muß aber trotzdem an ihm festhalten, weil es von der Kreditverfälschung durch das anglo-amerikanische Kapital abhängig ist und sich auf keinen Fall den Weltmarkt versperrten lassen darf.

Das einzige positive Ergebnis der letzten Genfer-Konferenz besteht in der Einheitsfront gegen die russische Regierung. Auch das deutsche Kapital hat sich daran beteiligt. Die Initiative ging von England aus, für das die völlige Lähmung Rußlands eine außerordentlich wesentliche Frage ist. Der Kampf gegen die russische Regierung ist in Wirklichkeit ein Kampf um die möglichst schnelle Liquidierung der revolutionären Ideologie als Kampfmittel im Kampf um die Macht. Die Einheitsfront wurde als „innere Einheitsfront“ erzielt, als Verpflichtung, „die welt-revolutionären Umtriebe zu verhindern“. Diese bedeuten eine unzulässige „Einmischung in seine innere Politik“. Sie richtet sich gegen das revolutionäre Proletariat. Das ist die heilige Allianz der kapitalistischen Staaten. Das ist der Krieg, den sie führen. Vergebens verlangt Rudi Breitscheid als Gegengewicht eine gemeinsame Stellungnahme gegen den Faschismus. Er muß mit ihm die gesamte SPD merken in ihrem Haß gegen alles Revolutionäre überhaupt nicht, daß gerade der internationale Faschismus diesen Kampf diktiert. Die Neutralitätserklärung Stresemanns gegenüber Rußland ist selbstverständlich. Sie ist auch durchaus echt. Das deutsche Kapital will das russische Geschäft machen, lehnt aber ab, sich dafür mit revolutionärer

Kriegsgefahr und Terror

Die Schüsse des Primers Kowarda auf den russischen Gesandten Wykow in Polen sind verhallt. Das Echo der Warschauer Schüsse ist nicht zum Kanonendonner anzu-schwellen wie das derjenigen von Sarajewo. Obgleich der neue imperialistische Zündstoff schon hübsch angezündet ist, und wenn man den eilenden Aufbruch der III. Internationale und vor allem der „Roten Fahne“ Glauben schenken sollte, die Welt vor der Mobilmachung stünde. Die erlittenen Verluste sind abgeklüft. Die kriegerischen Schlagzeilen in den Gazetten fehlen. Nur in den Leitartikeln der Berliner Prawda gewittert noch etwas, ruhig und sachlich versichern sich Rußland und Polen der „Besten Achtung“ und die roten und weißen Diplomaten reden von „Festigung der friedlichen Beziehungen“. Das Crescendo der Noten in Dur ist decrescendo in stimmungsvolle Mollaccorde übergegangen. „An den ökonomischen Punkten brechen die Spitzen der Bajonette wie mürrer Zunder“, wie Marx in der N. Rh. Zeitung schrieb. Rußland braucht Ruhe und die Hilfe des Weltkapitals, um über die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung hinweg zu kommen. Das schließt nicht aus, daß die Rivalität der ökonomischen Punkte auch durch die Spitzen der Bajonette ausgetragen wird. Die Phrasen von Achtung und friedlichen Beziehungen sind nur die Übervertie-Anseltzung trotz allem. Weiterhin kann aber das Anfangsstadium hinaus. Ebenso ist die Konstellation der Mächte hüben und drüben, auch nach der Konferenz von Genf keineswegs als feste Linie abgeschlossen. Das Geschrei der Moskauer Jünger von der Bedrohung des „einigen Arbeiterstaates“, dem „Vaterland aller Arbeiter“, durch die Weltbourgeoisie unter Führung Chamberlains soll das katastrophale Flakro der russischen Außenpolitik verdecken. In diesem Zusammenhang spiegelt sich der Widerspruch zwischen revolutionärer Tradition und staatskapitalistischer Realpolitik wieder. Wie er sich auch widerspiegelt in der III. Internationale, die „Rote Fahne“ schrieb, „die Revolution verteidigt sich“, so ist das glatte Schwindel. Rußland hat den Verfalltag des Wechsels, den die Komintern bei ihrer Geburt auf die Weltrevolution gezogen hat, nicht abgewartet. Es macht in Finanz- und Handelsverträgen mit den Kapitalisten aller Länder. Ja, es ist sogar bereit, mit ihnen militärische Bündnisse abzuschließen und schreckt selbst vor der Granatlieferung an die deutsche Konterrevolution nicht zurück. Wenn die russische innerpolitische Entwicklung durch Spionage und Attentats-schüsse — wie Moskau nachträglich zugibt — gestört wird und als Reaktion 20 Weißgardisten erschossen werden, so dient Rußland mit gleicher Mißnote wie jeder bürgerliche Staat. Doch ist das ganz etwas anderes als revolutionärer Klassenterror. Moskau wird sich schwer tun, gegen den Nagnama und Kulaken ebenso vorzugehen wie gegen die Eliten und Konsorten, obgleich diese in ihrer „Art nicht minder“ gefährliche Feinde des Kommunismus sind als jene. Ebenso wenig wird die Sprache des Füllfährers die Sprache seiner Diplomaten und Handelsvertreter sein, wenn sie mit den Konterrevolutionären anderer Länder verhandeln. Die Schüsse von Moskau fielen nicht als terroristische Abwehr der Revolution gegen die Konterrevolution, sondern für den ungestörten Aufbau des russischen Staatskapitalismus mit seinen Kolonien.

Das Proletariat kann auf die Gewaltanwendung nicht verzichten, wenn es seine Revolution siegreich beenden und sichern will. Nicht aus schwächlichem Rachedurst oder Lust an Mord, sondern aus geschichtlichem Maß. Die Arbeiterklasse muß begriffen, sich auch einmal mit Marx zu reden, „daß es nur ein Mittel gibt die mörderischen Todeswunden der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen, zu vermeiden, zu konzentrieren, nur ein Mittel — den revolutionären Terrorismus.“

Aber wenn das Echo der Schüsse von Warschau noch besteht in der Einheitsfront gegen die russische Regierung. Auch das deutsche Kapital hat sich daran beteiligt. Die Initiative ging von England aus, für das die völlige Lähmung Rußlands eine außerordentlich wesentliche Frage ist. Der Kampf gegen die russische Regierung ist in Wirklichkeit ein Kampf um die möglichst schnelle Liquidierung der revolutionären Ideologie als Kampfmittel im Kampf um die Macht. Die Einheitsfront wurde als „innere Einheitsfront“ erzielt, als Verpflichtung, „die welt-revolutionären Umtriebe zu verhindern“. Diese bedeuten eine unzulässige „Einmischung in seine innere Politik“. Sie richtet sich gegen das revolutionäre Proletariat. Das ist die heilige Allianz der kapitalistischen Staaten. Das ist der Krieg, den sie führen. Vergebens verlangt Rudi Breitscheid als Gegengewicht eine gemeinsame Stellungnahme gegen den Faschismus. Er muß mit ihm die gesamte SPD merken in ihrem Haß gegen alles Revolutionäre überhaupt nicht, daß gerade der internationale Faschismus diesen Kampf diktiert. Die Neutralitätserklärung Stresemanns gegenüber Rußland ist selbstverständlich. Sie ist auch durchaus echt. Das deutsche Kapital will das russische Geschäft machen, lehnt aber ab, sich dafür mit revolutionärer